

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

14/82

10. September

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Gemeinsame Politik für Universität

Die Landtagsabgeordneten des Oldenburger Raumes wollen sich bemühen, eine gemeinsame Politik für den qualitativen Ausbau der Universität Oldenburg gegenüber der Landesregierung zu betreiben. Entsprechende Aussagen machten Abgeordnete der CDU, SPD, FDP und Grünen nach einem Gespräch heute in der Universität Oldenburg, wo sie von Präsident Dr. Horst Zilleßen und Kanzler Jürgen Lüthje über die anstehenden Probleme der Hochschule informiert wurden. Ziel der Abgeordneten ist es, dringend benötigte neue Studiengänge möglichst rasch nach Oldenburg zu holen, da die Chancen angesichts der schwierigen Haushaltsslage immer geringer werden. Neben den Abgeordneten Dierkes (CDU), Schramm (CDU), Milde (SPD), Tölke (SPD), Freytag (FDP), Meinsen und Haubold (Grüne) nahmen auch Oberbürgermeister Niewerth und Oberstadtdirektor Wandscher an dem Gespräch teil.

CDU-Politiker: ASten abschaffen

Entgegen Bedenken von Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens hat der CDU-Landtagsabgeordnete Hedrich, der auch Leiter des CDU-Arbeitskreises Wissenschaft und Kunst ist, gefordert, daß die ASten in Niedersachsen abgeschafft werden. Durch eine Streichung der Pflichtbeiträge solle es zu keiner AStA-Wahl mehr kommen.

Personalversammlung votiert einmütig für Frau Dröge

In einem einstimmig gefassten Beschuß hat die Personalversammlung, an der etwa 150 Mitarbeiter teilnahmen, am 31. August den Wissenschaftsminister aufgefordert, das Verfahren gegen die Verwaltungsangestellte Waltraut Dröge einzustellen. Die Personalversammlung, heißt es in der Erklärung, weise mit Empörung das Ansinnen des Ministers zurück, daß die seit 1974 an der Universität beschäftigte Verwaltungsangestellte Waltraut Dröge wegen ihrer Betätigung für eine legale Partei mit der Kündigung bestraft werden solle. Damit werde die berufliche, wirtschaftliche und persönliche Existenz der 26jährigen zerstört. Außerdiestliche Aktivitäten dürften kein Grund zur Entlassung sein.

Wie bereits berichtet, hatte das Wissenschaftsministerium aufgrund von Erkenntnissen des Innenministers den Präsidenten der Universität angewiesen zu überprüfen, ob gegen Frau Dröge eine Kündigung wegen ihrer Kandidatur für die DKP bei den Kommunalwahlen auszusprechen sei. Damit wurde erstmals auch eine Verwaltungsangestellte betroffen, nachdem die Landesregierung disziplinarische Vorermittlungen wegen DKP-Kandidaturen schon gegen 23 Beamte angeordnet hatte - darunter auch gegen die Oldenburger Erziehungswissenschaftlerin Dr. Heike Fleßner. Die Vorermittlungen gegen die Studienleiterin sind inzwischen vom Präsidenten eingestellt - u.a. mit der Begründung, daß nur unter besonderen

Präsident:

Minister betreibt „Etikettenwechsel“

„Es ist nicht mehr undenkbar geworden, daß die Universität Oldenburg nach langen Jahren extremer räumlicher Enge neue Gebäude bezieht, die sie nicht mehr füllen kann, weil es an einem entsprechenden Studiengangsangebot für Studenten fehlt.“ Mit diesen Worten kommentierte der Präsident der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen, die jüngsten Äußerungen von Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens, wonach die Hochschule mit der Einrichtung des Studiengangs Jura vorerst nicht mehr rechnen kann, sondern allenfalls mit Informatik und Lebensmittelchemie.

Zilleßen sagte, er sei über diese „kleine Lösung“ betroffen. Es sei der Wissenschaftsminister selbst gewesen, der Anfang dieses Jahres von sich aus die große Lösung mit Jura, Informatik und Lebensmittelchemie sowie Agrarwissenschaften ins Spiel gebracht habe. Wenn er heute den räumlichen Ausbau als „große Lösung“ betrachte, so sei dies ein Etikettenwechsel. Damals seien die Äußerungen Cassens zur Erweiterung der Studiengänge mit großer Erleichterung aufgenommen worden: Jetzt rücke er von seinem eigenen Vorschlag ab mit dem Hinweis, daß ein Überangebot an Juristen existiere. Noch vor einem halben Jahr habe der Minister in Oldenburg öffentlich geäußert, daß Befürchtungen, mit der Einrichtung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Jurastudenten würden dauerhafte Arbeitslosigkeit produzieren, derzeit nicht gerechtfertigt seien. Er halte es für falsch, voreilige Schlüsse zu ziehen und kurzfristige Erscheinungen zur Grundlage für mittel- und langfristige Entscheidungen in diesem Bereich zu machen.

Abgesehen von dieser Widersprüchlichkeit müsse man sich fragen, ob die Hochschulpolitik des Landes noch von Logik und langfristiger Planung getragen sei, wenn sie offensichtlich immer mehr von kurzat-

gen Reaktionen auf die sich täglich verändernden ökonomischen und marktpolitischen Daten bestimmt werde. Die Universität Oldenburg könne ihrem regionalen Ausbildungsanspruch in keinem Fall gerecht werden, wenn ihr auf der einen Seite zahlreiche Studienplätze im Grund- und Hauptschul Lehrerberreich - und noch zu erwarten im Gymnasialbereich - abgenommen würden, auf der anderen Seite aber kein nennenswertes Gegengewicht geschaffen werde: Lebensmittelchemie und Informatik würden den Verlust allenfalls zur Hälfte ausgleichen. Das Angebot der Universität sei, wie der Minister selbst immer wieder behauptet habe, schlichtweg nicht differenziert genug, um der in die Universität drängenden Jugend des Nordwestraumes angemessene Berufschancen zu bieten.

Ohne Frage sei auch das Ansinnen der Landesregierung nicht zu realisieren, dem Zuwachs der Studentenzahl von jährlich zwölfe bis 15 Prozent mit einem Nullwachstum im Personalbereich Herr zu werden. Diese Politik müsse zwangsläufig auf einen totalen Numerus clausus hinauslaufen, der fatale Folgen für die Region habe, die unter Jugendarbeitslosigkeit

Fortsetzung auf S. 3

Jahr 1977, in dem festgestellt wird, daß sich die Treuepflicht der Angestellten auch nach ihren Aufgaben richtet. Frau Dröge ist in der Universität Oldenburg mit Abrechnungen befaßt.

Inzwischen äußerte sich auch der Senat in einer Stellungnahme und verabschiedete in wesentlichen Teilen die Resolution der Personalversammlung als seine Stellungnahme - bei vier Gegenstimmen. Darin heißt es weiter, die Verfahrenswesens des Ministers verstoßt gegen den Grundsatz, daß allein die Regelungen der im Öffentlichen Dienst gültigen Tarifverträge zu gelten hätten. Für sich genommen sei nach Aussage des Bundesverfassungsgerichts die Betätigung in politischen Organisationen kein ausreichender Anlaß, an der Verfassungstreue einer Beschäftigten zu zweifeln. Der Senat begrüßte die Entscheidung des Präsidenten, daß die außerdiestlichen politischen Aktivitäten von Waltraut Dröge keinen Grund für arbeitsrechtliche Maßnahmen darstellen.

gh

Erste Teilübergabe schon Ende nächsten Jahres



Dank an Politiker, Planer, Techniker, Bauarbeiter und Hochschulangehörige für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit für das Projekt auf dem Standort Wechloy: Präsident Dr. Horst Zilleßen und Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens

Foto: Liebig

Es sei sichergestellt, daß die Universität spätestens 1984 die neuen naturwissenschaftlichen Gebäude auf dem Standort Wechloy übernehmen könne, erklärte der Geschäftsführer der Hochschulbaugesellschaft, Prof. Dr. Jelpke, anlässlich des Richtfestes, zu dem neben Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens und Staatssekretär Rolf Möller auch zahlreiche Politiker der Region erschienen waren - so u.a. Regierungspräsident Dr. Joseph Schweer, Oberbürgermeister Dr. Heinrich Niewerth, Oberstadtdirektor Heiko Wandscher und Ehrenoberbürgermeister Hans Fleischer. Das Interesse war wohl nicht zuletzt deshalb so groß, weil es sich bei diesem 170-Millionen-Mark-Projekt um eine der letzten großen Hochschulbaumaßnahmen nicht nur in Niedersachsen handelt - eine der letzten, aber wohl auch eine der schönsten.

Nach einhelliger Meinung ist es den Architekten gelungen, die U-förmig angelegten und höchstens dreistöckigen Gebäude im Hinblick auf Struktur, Größe und Materialauswahl in die außerordentlich reizvolle Landschaft einzupassen. Keines überträgt den großen Baumbestand, so daß das Gelände in Teilen parkähnliche Züge trägt. Klinkersteine verdecken von außen die riesigen Mengen von Beton, die dort verarbeitet wurden und werden.



1700 Studienplätze für Biologen, Chemiker, Physiker und Mathematiker: Modell des Projektes in Wechloy. Die dort auch vorgesehene Sporthalle (unten) und eine weitere Mensa fielen allerdings dem Rotstift zum Opfer. Der Sportplatz wird gebaut.

AStA durfte nicht sprechen

Lautstark protestierte der AStA gegen das „Nein“ der Hochschulbaugesellschaft (HGB), einen studentischen Vertreter mit in die Rednerliste beim Richtfest in Wechloy aufzunehmen. Die HBG als Veranstalter des Festes begründete ihre Haltung damit, daß es nicht üblich sei, bei diesen Anlässen Studenten zu Wort kommen zu lassen. Daß der AStA beim Richtfest des Universitäts-Zentrums am Uhlhornsweg habe sprechen können, sei eine Ausnahme gewesen.

Wertvorstellungen von gestern als Orientierungshilfe für morgen?

Soziologen untersuchen traditionelle Sozialbeziehungen in ländlichen Siedlungen

Mit den Nachwirkungen „vormoderner“, traditioneller Sozialbeziehungen, Lebensformen und Wertvorstellungen in Alltagsleben und Kulturländlicher Siedlungen und Regionen, insbesondere mit den darin liegenden Möglichkeiten für „nachmoderne“ Orientierungen der Industriegesellschaften, wird sich ein Forschungsvorhaben im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Oldenburg befassen. Das Vorhaben war unter dem Titel „Soziales Handeln zwischen Tradition und Moderne. Eine empirische Untersuchung informeller und autonomer, lokaler Ökonomien am Beispiel der Entwicklung ländlicher Siedlungen zu Fremdenverkehrsorten“ bei der Stiftung Volkswagenwerk beantragt worden. Für ein zweijähriges Projekt, das von dem Industriesoziologen Professor Dr. Gerd Vonderach geleitet wird, hat die Stiftung jetzt Mittel im Rahmen ihres Schwerpunktprogramms „Wandel und Krisenfaktoren in demokratischen Industriegesellschaften“ bereitgestellt.

Die am Projekt beteiligten Wissenschaftler aus Bereichen der Soziologie,

Sozialgeschichte und Architektur-Stadt- und Regionalplanung wollen ihre empirischen Untersuchungen in Sielhafenorten an der ostfriesischen Nordseeküste durchführen. Dabei sollen die jeweiligen landschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eigenarten auch des regionalen Umfeldes im Verlauf des sozialen Wandels besonders berücksichtigt werden. Die Untersuchungsaspekte und Fragestellungen der Forschungsarbeit sollen aus dem Nebeneinander von Fortdauer und Entwicklung, Umbruch und Widerspruch hergeleitet werden, das sich dem Beobachter im Dorfbild, im Erwerbs- und Familienleben, aber auch in den nachbarschaftlichen und regionalen Gemeinschaftsbeziehungen zeigt.

Vor allem erhoffen sich die Wissenschaftler Aufschluß über die Auswirkungen des staatlich geförderten und expandierenden Fremdenverkehrs gewerbes, das an die Stelle eines ausbleibenden oder gar abgelehnten Industrialisierungs tritt. Ansätze für Eigenverantwortung und Eigeninitiativen, die auf eine ökologisch schonende

regionsspezifische Nutzung und Entwicklung der landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten gerichtet sind, könnten hier gefunden oder hervorgehoben werden, ebenso wie deren Gefährdung.

Angestrebt wird eine enge Zusammenarbeit mit kommunalen und regionalen Einrichtungen, so u.a. mit der „Ostfriesischen Landschaft“. Besonders wichtig wird aber der persönliche Kontakt zu Bewohnern der Sielhafenorte sein, weil sie nach Auffassung der Wissenschaftler wichtige und häufig ungünstig beachtete Träger und Zeugen der Entwicklung sind.

Hier müssen neue Untersuchungsmethoden entwickelt werden, um persönliches, privates oder halböffentliche „Krisenmanagement“ ebenso wie regional und geschichtlich bedingte Wertorientierungen und deren Wandlungen zu erfassen. Die Wissenschaftler gehen davon aus, daß die Ergebnisse ihrer Untersuchung auch in der Regional- und Dorfentwicklungsplanung und Fremdenverkehrs politik Berücksichtigung finden können.

Reform geglückt - Studium tot?

Hansjürgen Otto über die Studienreform im Lande Niedersachsen

An die Formel „Operation geglückt - Patient tot“ ist man erinnert, wenn man sich die Ergebnisse der Studienreformmaßnahmen des Landes Niedersachsen vor Augen führt. Die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung (GKL), die regelmäßig mit den Empfehlungen der niedersächsischen Studienreformkommissionen im Bereich der Lehrerausbildung konfrontiert wird, kommt jedenfalls zu besorgten Einschätzungen der bisher erkennbaren Arbeitsergebnisse, und auch die für die übrigen Studiengänge zuständige Zentrale Studienkommission macht sich Sorgen (siehe nebenstehenden Kasten). Worum geht es?

Das Hochschulrahmengesetz verlangt von den Ländern intensive Bemühungen um Studienreformen und die Einsetzung von entsprechenden Kommissionen. Es war interessanterweise das Land Niedersachsen, das als einziges Bundesland die Bestimmungen vollständig und zügig umsetzte. Der frühere Wissenschaftsminister Prof. Dr. Eduard Pestel ließ noch bei dem von ihm herausgegebenen Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) gleich auf den Umschlag drucken, daß die inhaltlichen Reformen im Hochschulbereich Vorrang vor lediglich organisatorischen und strukturellen Veränderungen hätten. Das war zweifellos eine Fehleinschätzung, wenn man den Umfang der organisatorischen Neuregelungen betrachtet. Aber beachtenswert war doch, mit welchem großen personellen und organisatorischen Aufwand die Studienreform angepackt wurde. Unter Berücksichtigung von Vorschlägen der Hochschulen wurden koordinierende Kommissionen und Fachkommissionen für alle Disziplinen mit Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten eingesetzt, ergänzt durch Staatsvertreter und Gäste aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Eine zentrale Arbeitsstelle mit wissenschaftlichen Mitarbeitern und großem Verwaltungsaufwand unterstützte die Kommissionen, die monatlich zusammentraten. Entwürfe der Empfehlungen gingen den Hochschulen zur Stellungnahme zu.

Aber wenn auch bei dieser Studienreform viel lief - viel lief auch falsch. Nehmen wir z.B. die Grundstrukturen der Lehrerausbildung. Da sollten die Studienreformkommissionen etwa „Folgerungen ziehen aus der Ent-

wicklung der Wissenschaften und der Berufsfelder“ und „angemessene Regelstudienzeiten“ empfehlen. Es ist verständlich, daß auch die Vertreter der Schulbehörden in den Kommissionen mitredeten wollten. Das Gesetz gibt ihnen bei der Lehrerausbildung auch noch die absolute Mehrheit der Stimmen - also dürfte dabei aus der Sicht des Kultusministers gar nichts schiefgehen, wenn man darüber ausgiebig diskutiert und dann beschließt. Aber: Der Staat meinte, verhindern zu müssen, daß über Grundstrukturen in den Kommissionen überhaupt diskutiert wird. Deshalb erließ er die Prüfungsordnungen, bevor über die Studienreform geredet werden konnte, und erklärte die Grundstrukturen zu staatlichen Vorgaben. Trotzdem: Murrend gingen die Kommissionen zur Tagesordnung über.

Auch danach blieb das Verhalten der Staatsvertreter außerordentlich widersprüchlich. Als es z.B. darum ging, den praktischen Teil der Lehrerausbildung zu intensivieren, da waren die Vertreter der Schulbehörde eifrig dabei, Ansprüche über Ansprüche zu häufen im Hinblick auf die notwendigen Schulerfahrungen für die Studenten sowie für die Hochschullehrer. Als dann aber diese Ansprüche in Empfehlungen umgesetzt werden sollten, da sorgten sie dafür, daß Beschlüsse nicht zustande kamen, aus denen sich finanzielle, personelle und organisatorische Forderungen an den Staat herleiten ließen.

Doch die Misere kommt beileibe nicht nur von den staatlichen Vertretern. In vielen wichtigen Punkten hat die Hochschule ebenso versagt. Studienreform sollte die vermuften, überladene, didaktisch uneffektive, zu gesellschaftlichen Bedürfnissen oft verquere Hochschulausbildung in Frage stellen und neu konzipieren; natürlich auch Effektivität erhöhen, aber eben nicht durch ungewöhnliche Gängelung, sondern durch Freisetzung von schöpferischer Phantasie und durch Öffnung versterbter Horizonte. Da dies ein politisches Programm war, mußte es bei der Zielformulierung und Umsetzung Differenzen geben. Erprobte Lösungen für die Probleme lagen nicht immer vor. So hätte es nahegelegen, Studienreformen durch Spielraum für Experimente zu ermöglichen. Sicher mußte die Studienreform auch Verbindlichkeit, Ge-

meinsamkeiten, Abstimmungen unter den Hochschulen schaffen, aber ebenso doch Differenzierungen, Schwerpunktgebiete in den einzelnen Hochschulen eröffnen. Was herausgekommen ist, hat mit diesem Programm wenig zu tun. Die Empfehlungen sind überladen, führen zu Verschulung, treiben die Studienkontrolle ungehemmt voran und scheren die Hochschulen über einen Kamm. Die Kommissionen verfertigen Studententafeln, behindern Modellversuche an einzelnen Hochschulen, schränken individuelle Schwerpunktgebiete in Lehre und Studium ein, machen Lehrende zu permanenten Studienkontrollen und verfügen über den Arbeitstag der Studenten, als ob diese nur durch Veranstaltungsbesuch und nicht auch durch Literaturstudium etwas lernen könnten. So hat man z.B. allein das erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Studium der Grund- und Hauptschullehre mit 14 Leistungsnachweisen ausgestaltet (dazu kommen noch diejenigen für die drei Unterrichtsfächer und die Prüfungen selbst). So hat man sich z.B. vehement dagegen gewehrt, daß die Fachkommissionen Deutsch und Evangelische Religion ein weniger detailliert reglementiertes Studium empfahlen, weil dies zu Unverbindlichkeit und Willkür führe. Und den Chemikern reichte es nicht aus, daß die Studenten nur während der Veranstaltungszeit 48 Wochenstunden arbeiten sollten; sie verlangten dies auch für die Semesterferien, anstatt sich für Studienzeitverlängerungen auszusprechen.

Was soll's, könnte man meinen. Das sind doch nur Empfehlungen; man folgt ihnen, wenn es sinnvoll ist, man weicht ab, wo es nötig ist. So steht es im Gesetz; nur steht dort auch, daß nicht die Hochschulen, sondern der Minister entscheidet, was von den Empfehlungen verbindlich gemacht wird. Die Kommissionen haben damit dem Staat ein Instrument in die Hand gedrückt, mit dem sehr tief in die Freiheit der Hochschulgemeinde, der Lehrenden und der Studenten eingegriffen werden kann.

Versucht man zu ergründen, warum

Stellungnahme der GKL zur Studienreform

Die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung (GKL) nimmt mit Begeisterung zu Kenntnis, daß die Studienreformkommissionen in ihren Empfehlungen sich immer weiter von ihrem Auftrag entfernen, sich auf Grundsätze zu beschränken. Die GKL befürchtet als Ergebnis dieser Studienreformmaßnahmen eine weitgehende Reglementierung von Lehre und Studium, die der Wissenschaftsfreiheit und den Zielen der Studienreform widerspricht.

Die GKL weist in einer einstimmig verabschiedeten Resolution insbesondere auf folgende Tendenzen der Empfehlungen hin:

1. Stofffülle und Verschulung

Die Empfehlungen münden bei den meisten Fächern in umfangreichen Stoffkatalogen und Stundenplänen, die für die Hochschulen verbindlich werden sollen. Damit wird einer wissenschaftsfremden Verschulung Vorschub geleistet, die Freiheit der Lehre und des Studiums sowie Wissenschafts- und Berufsorientierung der Ausbildung einschränkt. Stattdessen sollten nur grundsätzlich curriculare Strukturierungen, grobe inhaltliche Gewichtungen sowie Akzentuierungen bisher vernachlässigter Bereiche vorgenommen werden, die für Entscheidungen der Hochschulgemeinde und für Schwerpunktgebiete von Lehrenden und Studenten Spielraum geben.

2. Ausweitung des Studienumfangs

Die Empfehlungen werden voraussichtlich überwiegend eine Ausweitung des Besuchs von Lehrveranstaltungen bewirken, ohne daß die Regelstudienzeiten verlängert, der Lehrkörper vergrößert wird. Damit werden die Veranstaltungen nur noch voller und unüberschaubarer, die Möglichkeiten der Studenten zur aktiven Mitwirkung in der Veranstaltung beschränkt, die Möglichkeit zum Eigenstudium reduziert. Stattdessen sollte der Studienumfang begrenzt oder die Regelstudienzeit ausgeweitet werden und ein vernünftiges Verhältnis von Veranstaltungsbesuch und Eigenstudium gewahrt werden.

3. Reglementierung des Studiums

Die Empfehlungen streben nach verschärfter Kontrolle der Studienleistungen und weitgehender Festlegung von Prüfungsanforderungen.

Damit zielt die Ausbildung wesentlich auf Sanktionen, Selektionen und Anpassung, die einer selbstbewußten wissenschaftlichen und beruflichen Aufgabenwahrnehmung hinderlich sind. Stattdessen sollten Studienberatung, Möglichkeiten praktischer Bewährung, motivierende Rückmeldungsformen gefördert werden.

4. Vereinheitlichung des Studiums

Die Empfehlungen zielen auf Vereinheitlichung der Hochschulen in Niedersachsen. Damit wird - ohne Rücksicht auf Schwerpunkte der Hochschulen - eine Kanonisierung der Lehrerausbildung erreicht, die weder aus der Wissenschaftsentwicklung noch aus dem Bedarf der Schulen, weder aus den vorliegenden Erfahrungen noch aus den unsicheren Prognosen über die Qualifikation der Lehrer gerechtfertigt ist. Stattdessen sollten die Empfehlungen unterschiedliche Ausbildungskonzeptionen zwischen den Hochschulen und innerhalb der

Hochschulen zulassen, sollten Experimente fördern, sollten Reformen ermöglichen und nicht für alle Mal abschließen. 5. Hinnahme aller staatlichen Vorgaben

Die Empfehlungen nehmen in wesentlichen Punkten staatliche Vorgaben hin. Damit entziehen sich die Studienreformkommissionen ihrer gesetzlichen Aufgabe, die Grundlinien der Studienreform im Bereich der Lehrerausbildung, z.B. bezüglich der Zahl der Unterrichtsfächer, der Fächerkombinationen, der Regelstudienzeit, selbst zu ziehen. Stattdessen sollten die Studienreformkommissionen die Tabuisierung zentraler Probleme ablehnen und eine grundsätzliche Diskussion der Lehrerausbildungsreform ermöglichen.

6. Bürokratisierung der Studienreform

Die Empfehlungen sind Ausdruck eines Verständnisses von Studienreform, wonach Studienreform ein in Kürze abschließbarer, nach Einheitlichkeit strebender, in Ordnungen und Erlassen mündender Prozeß sei. Damit wird nur erreicht, daß die Vertreter unterschiedlicher Hochschulen, Statusgruppen und Arbeitsmarktrepräsentanten ihre Partialinteressen im Gesamtpaket absichern, ohne daß innere Konsistenz und Gesamtrefore ausreichend Berücksichtigung finden. Stattdessen sollten die Empfehlungen die Reform als Prozeß in Gang setzen, unterschiedliche Wege zum Ziel aufzeigen, und für die wissenschaftliche Auseinandersetzung um Form und Inhalt der Lehrerausbildung Verkrustungen in Staat und Hochschulen beseitigen.

ZSK: Keine Rücksicht auf örtliche Besonderheiten

In einer Stellungnahme der Zentralen Studienkommission (ZSK) heißt es, durch ethische der Empfehlungen scheine das Grundrecht auf Freiheit in Forschung und Lehre bedroht zu sein, mindestens aber werde die Einschränkung dieser Freiheit befürchtet. Um an allen Hochschulen zu landeseinheitlichen Regelungen zu gelangen, werde von den Studienreformkommissionen keine Rücksicht auf örtliche Gegebenheiten und Besonderheiten genommen. Langjährige Traditionen drohen zerstört zu werden. Keine Hochschule im Lande könnte noch ihr eigenes Profil erhalten oder entwickeln. Es werde kein Freiraum für Innovationen und Experimentiermöglichkeiten gelassen. Nicht zuletzt werde es unmöglich gemacht, auf die schwierige Arbeitsmarktlage durch flexible Studienangebote und Abschlußmöglichkeiten zu reagieren.

Komponenten im Kampf um die Anerkennung ihrer Relevanz für das Studienfach dar, wobei Besitzstandswahrung und Zuwendungssicherung sich durch den Umfang an Studienverpflichtungen und Leistungsnachweisen sowie die Gewichtung der Prüfungsteile ausdrücken. Um solche Kompromissionen zu ermöglichen, war es nötig, Veranstaltungsbesuch und Leistungskontrollen weit aufzublättern, damit alle Fachkomponenten ihren Erfolg mit nach Hause bringen konnten. Hier wirkte sich auch aus, daß die Hochschulvertreter unabhängig von ihren Hochschulen waren, denn offensichtlich haben sie meistens nicht gekämpft für sich schlüssige Studiengangskonzeptionen (was ver-

mutlich zu keinem Konsens, aber zu größerer Offenheit der Empfehlungen geführt hätte), sondern für die Repräsentanz von Fachgebieten. So ist ein fast demokratisch legitimierter, neuer Kanon entstanden, der dem mittelalterlichen der Scholastiker in keiner Weise nachsteht. Er fand seine Mehrheiten nicht, weil er in sich geschlossen und plausibel war, sondern weil er alle divergierenden Partialinteressen schlicht kumulierte. Alle? Nein, denn die notwendigen Studienreformen fanden keine Mehrheit, sie sind im Gerangel um Stunden und Scheine aus dem Blick geraten.

Es wird Zeit, sich dagegen zu wehren.

Menschenrechtskommission will den Fall Gross prüfen

Mit der Frage, ob sich ein vom Extremistenlaß Betroffener unter Umgehung des Bundesverfassungsgerichts an eine europäische Rechtsinstanz wenden darf, wird sich die Europäische Kommission für Menschenrechte in Straßburg voraussichtlich am 15. Dezember dieses Jahres befassen. Dabei soll abweichend von der Regel in einer mündlichen Verhandlung über die Zulässigkeit der Beschwerde des Mathematikers Dr. Eckardt Gross entschieden werden, dem wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP eine Assistentenstelle an der Universität Oldenburg verwehrt wurde.

Der Verfahrensbewilligte der Bundesregierung hat bereits die Beschwerde als unzulässig bewertet, weil Gross das Bundesverfassungsgericht nicht angerufen und damit den nationalen Rechtsweg nicht ausgeschöpft habe.

Für unzumutbar hält Gross demgenüber den Weg nach Karlsruhe, weil er befürchten muß, daß das Verfassungsgericht mit der Entscheidung über seinen Fall zugleich mittelbar und zum ersten Mal über die Verfassungswidrigkeit der DKP entscheide. Er selbst sei bereit, das Risiko einer Prozeßniederlage auf sich zu

nehmen. Es dürfe ihm jedoch nicht zugemutet werden, sein persönliches Wohl vor das seiner Partei zu stellen, für die die Behandlung seines Falles mit einem „kalten Parteiverbot“ verbunden sein könnte. Die Grundlagen dazu habe das BVG mit seiner Entscheidung aus dem Jahr 1975 gelegt, nach der die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei auch ohne förmliches Verbotsverfahren zulässig sei.

Gross hatte sich nach der Ablehnung durch den Wissenschaftsminister vergeblich über die Arbeitsgerichte in die Universität einklagen wollen. Zwar gab ihm das Oldenburger Arbeitsgericht Recht, doch in zweiter Instanz unterlag er beim Landesarbeitsgericht. Eine Beschwerde beim Bundesarbeitsgericht wegen der nicht zugelassenen Revision blieb ohne Erfolg. Darauf wandte er sich an die europäische Menschenrechtskommission, weil er in seinem Fall das in der europäischen Menschenrechtersklärung verankerte Recht der freien Meinungsäußerung verletzt sieht. Der Fall Gross schlug in Fachkreisen hohe Wellen. Mathematiker aus den USA und dem westeuropäischen Ausland protestierten massiv beim Wissenschaftsminister. gh

Keine Chance mehr für den studentischen Kindergarten?

Der studentische Kindergarten auf dem Standort Wechloy wird zum 1. Januar nächsten Jahres schließen müssen, wenn der Rat der Stadt Oldenburg bei seinem jetzigen Beschuß bleibt, wonach die Zuschüsse jährlich um je zehn Prozent gekürzt werden sollen. Wie der Vorsitzende des Trägervereines des Kindergartens, Studentenelpfle, Tagesstätte e.V., Manfred Seidel, erklärte, kämen aufgrund dieser Regelung schon im nächsten Jahr auf die Eltern etwa 600 Mark pro Kind Mehrbelastung zu. Dies sei nicht nur für BAFOG-Empfänger untragbar. Gleichzeitig kündigte Seidel an, der Trägerverein werde beim Verwaltungsrat Oldenburg klagen, weil die Maßnahme des Rates einen glatten Vertrauensbruch darstelle.

Von den Reduzierungen ist jedoch nicht nur allein der studentische Kindergarten betroffen, sondern auch die Kindergärten der anderen freien Träger wie Rotes Kreuz, Arbeiterwohlfahrt und der Paritätische Wohlfahrtsverband sowie der Kirchen. Gleichwohl wäre die Schließung des seit 15 Jahren bestehenden Selbsthilfekindergartens besonders tragisch. Vor drei Jahren hatten die Mitglieder des Vereins mit großen Eigenleistungen ein altes Bauernhaus

auf dem Standort Wechloy umgebaut und zu einem vorbildlichen Kindergarten eingerichtet. Außerdem gingen einzelne Eltern des Vereins auch Bürgschaften über 5000 Mark ein, um einen Kredit von 120.000 Mark zu sichern. Gemeinsam mit der Stadt wurde das Finanzierungsmödell erarbeitet und abgesichert.

Der Beschuß des Rates war mit Stimmen der CDU und der FDP zustande gekommen. Die beiden Parteien wollen durch die Maßnahme den defizitären Stadthaushalt entlasten. Um jährlich zehn Prozent sollen die Zuschüsse für die Kindergärten gekürzt werden bis auf einen Stand von 40 Prozent. Bisher hatte die Stadt 100 Prozent der „unvermeidbaren Betriebskosten“ getragen. Für den studentischen Selbsthilfekindergarten bedeutet das mehr als 200.000 Mark. Angesichts der Streichungen müßten die Eltern jährlich fünf- bis sechshundert Mark mehr aufbringen - im Jahre 1982 also etwa 3.000 Mark plus dem jetzigen Satz in Höhe von 100 Mark monatlich. Hinzu kämen die Kosten für die Unterhaltung des Gebäudes.

Im Kindergarten werden zur Zeit 60 Kinder betreut, davon sind 70 Prozent von Studenten.

Präsident: „Etikettenwechsel“

Fortsetzung von S. 1

schon jetzt besonders leide: Abiturienten, denen kein Studienplatz zugeschrieben würde, müßten in die Lehrberufe gehen, die jetzt noch von Real- oder Hauptschülern besetzt werden könnten.

Als nur wenig ermutigend bezeichnete Zilleßen in diesem Zusammenhang die Ankündigung von Cassens, daß die Universität bei der Verteilung jener Stellen besonders berücksichtigt werden solle, die durch Streichungen in allen niedersächsischen Universitäten erwirtschaftet würden. „Damit würdigt der Wissenschaftsminister zwar die besonderen Probleme der Universität Oldenburg in einem gewissen Rahmen, aber langfristig

kann die notwendige Entwicklung der Universität Oldenburg auf diesem Wege nicht erreicht werden,“ sagte Zilleßen abschließend.

Vortrag über Parteidrossenheit

Professor Dr. Karl-Heinz Naßmacher, Politikwissenschaftler im Fachbereich 3, spricht im Rahmen der Vortragsreihe der Universitätsgesellschaft über „Parteidrossenheit und Parteifinanzierung“. Das Referat beginnt am Donnerstag, 23. September, 20.00, im Vortragssaal des Stadtmuseums.

Zwei-Prüfer-Prinzip in der Diplomprüfungsordnung

Keine inhaltlichen, aber doch einige wichtige formale Änderungen enthalten die novellierten Diplomprüfungsordnungen (DPO) für die Fächer Biologie, Mathematik, Pädagogik, Physik, Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften. Die Überarbeitung der Prüfungsordnungen war im Rahmen der Anpassung an das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) notwendig geworden. Die alten Bestimmungen gelten ab 30. September 1982 nicht mehr. Die deutlichste Änderung ist die Einführung des Zwei-Prüfer-Prinzips, nun auch für die studienbegleitenden Prüfungen. Befürchtungen, daß die freie Wahl der Prüfer damit nur noch eingeschränkt möglich sein wird, sind zwar wegen des hohen Organisationsaufwandes wohl nicht völlig von der Hand zu weisen, auf jeden Fall aber juristisch nicht zwänglich.

Im übrigen kann in Ausnahmefällen von der Zwei-Prüfer-Regelung abgesehen werden, wenn eine unzumutbare Mehrbelastung für den Zweiprüfer durch den Prüfungsausschuß festgestellt wird.

Weitere Änderungen in den Prüfungsordnungen:

- Studienbegleitende Prüfungsleistungen gelten als nicht bestanden, wenn der Abgabetermin nicht eingehalten wird.
- Studienbegleitende Prüfungen oder Ergänzungsprüfungen sollen höchstens zweimal wiederholt werden können. Wer auch dann das Ziel nicht erreicht, muß das Studium abbrechen.
- Ausnahmslos haben die Prüfungsbefugnis nur diejenigen, die zur eigenständigen Lehre befugt sind. Wissenschaftliche Mitarbeiter haben kein Prüfungsrecht, sofern sie nicht im Rahmen der Be-

sitzstandswahrung, eines Lehrauftrages oder einer Habilitation über das Recht zur eigenständigen Lehre verfügen.

Ausdrücklich hat sich das Ministerium bei der Genehmigung das Recht auf Widerruf der Prüfungsordnung vorbehalten - unter Hinweis auf die noch ausstehenden Empfehlungen der Studienreformkommission. Dagegen wurden die Prüfungsordnungen der Studiengänge Psychologie und Chemie vorbehaltlos genehmigt. Die beiden Studiengänge hatten sich aus dem studiengangsübergreifenden Teil, der für die sonstigen Diplomstudiengänge gilt, herausgelöst und neue Entwürfe erstellt. Eine Sonderstellung nimmt die Prüfungsordnung für die Raumplaner ein, die sich zwar am allgemeinen Teil orientiert, aber als Aufbaustudiengang spezifische Regelungsprobleme hat. gh

Studien- und Berufswahl

Mit Beginn des neuen Schuljahres 1982/83 hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit die bundeseinheitliche Informationsschrift „Studien- und Berufswahl 1982/83“ herausgebracht.

In Form eines Nachschlagewerks gibt sie einen konkreten Überblick über die wichtigsten Studiengänge in den Hochschulen; die Möglichkeiten und Bedingungen eines Studiums werden ebenso aufgezeigt wie die Studieninhalte, Studienschwerpunkte und die beruflichen Einsatzmöglichkeiten. Soweit möglich und aus heutiger Sicht verantwortbar, werden Angaben über Beschäftigungsmöglichkeiten und -aussichten gemacht. „Studien- und Berufswahl“ ist im Buchhandel erhältlich.

Sechs Referenten aus Oldenburg beim Soziologentag

Mit sechs Referenten ist die Universität Oldenburg beim Deutschen Soziologentag 1982 vertreten, der vom 13. bis 16. Oktober in Bamberg stattfindet. Thema: „Krise der Arbeitsgesellschaft?“ Professor Dr. Gerd Vonderach hält ein Koreferat zum Thema „Arbeitsorientierung und Lebensperspektiven von Hochschulabsolventen in der Grauzone“. Prof. Dr. Rosemarie Nave-Herz leitet in der Familien- und Jugendsoziologie eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Bedeutung der Familiensozioologie für die allgemeine Soziologie befaßt. Hiltraud Schmidt-Waldherr und Dr. Christine Woessler de Panafieu referieren aus dem Bereich „Frauenforschung in den Sozialwissenschaften“ über das Thema „Herrschaft und Widerstand: Entwurf zu einer historischen und theoretischen Kritik des Patriarchats in der bürgerlichen Gesellschaft“. Prof. Dr. Bernhard Bandura spricht über das Gesundheitswesen, Prof. Dr. Thomas Blanke über Verrechtlichung von Sozialisation“. Thomas Ulk setzt sich mit „Informellen Sektoren und kooperativen Strukturen“ auseinander und schließlich Thomas Kleinspehn mit „Langfristigen Prozessen von Oralität“.

Attraktives Programm für die Mitarbeiter

Mit einem attraktiven Programm, das im Sport-, Umwelt- und Informatikbereich über das bisherige Angebot hinausgeht, wartet das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) für die Mitarbeiter der Universität in der zweiten Jahreshälfte auf.

Christine Vogt, die für Programmplanung und Durchführung wieder verantwortlich zeichnet, wies in einer Vorstellung der Veranstaltungen, die zum Teil bereits begonnen haben, ergänzend auf die Kurse der Dozenten Wilhelm Hinrichs, Christian Wopp, Jürgen Koch und Klaus Lenk hin. Hinrichs und Wopp versoben ihren Kurs „Spiel - Bewegung - Umwelt. Sport und Alltag“, da sie unter anderem die neuen Sportanlagen der Hochschule benutzen wollen. Die Veranstaltung beginnt am Donnerstag,

tag, 23. September, weitere Termine sind am 27. und 28. September jeweils von 14.00 bis 16.30 im Raum H 6 im Sporttrakt.

Jürgen Koch möchte mit den Veranstaltungsteilnehmern die „Bedeutung der architektonischen Umweltgestaltung für Arbeit und Leben des Menschen“ untersuchen. Der Kurs, der vier Termine im wöchentlichen Abstand umfaßt, beginnt am Dienstag, 16. November, 14.30 bis 17.00, im Raum H 6.

„Gesellschaftliche Auswirkungen der Informationstechnik“ lautet das Thema eines Kurses, den Klaus Lenk am Mittwoch, 29. September, und Donnerstag, 30. September, von 14.00 bis 16.00 im VG 001 anbietet.

Anmeldungen nimmt Christine Vogt, Tel.: 4426/4424 entgegen.

DAAD sucht neue Gutachter

Das Akademische Auslandsamt der Universität hat die Hochschullehrer darauf aufmerksam gemacht, daß der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) Gutachter sucht, die über die Stipendienvergabe für Auslandsaufenthalte entscheiden. Die Oldenburger Universität ist

bisher nicht in den Auswahlausschüssen vertreten. Das Akademische Auslandsamt erhofft von einer Mitarbeit Oldenburger Professoren, daß die Chancen der aus Oldenburg kommenden Studenten verbessert werden. Nähere Auskünfte erteilt das Akademische Auslandsamt



BHW

Bausparkasse
für den öffentlichen Dienst

DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.
Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, 3250 Hameln

Beratungsstelle:
2900 Oldenburg, Bahnhofplatz 4
Fernruf (04 41) 2 58 88/9

Fujicolor F II-Farbfilm . . .
Welt-Spitzenqualität für brillante Farbbilder.
WÖLTJE-Angebote einschließlich! Negativ-Entwicklung,
Kleinb.
Pocket
Kassette 24er 5.98 3 St. a 36 Aufn. nur 20,-

**Als Preis- und Qualitätsgarant
ist WÖLTJE, Oldenburg, sehr bekannt!**
WÖLTJE hat Tiefstpreise mit Tiefstpreis-Garantie.

Das ist guter
wöltje
Bilder-Service

● Beste Bildqualität ● Schnell-Entwicklung: Heute gebracht, übermorgen fertig (gilt für Entwicklung mit 1 Normalbild. Annahme von Mo. bis Do.) ● 1.0.-Bild-Garantie: Verwackelte, unscharfe u. falsch belichtete Bilder brauchen Sie nicht zu nehmen. ● Persönliche Bedienung und Fach. Ratung.



24er Kassette 5.98 3 St. a 36 Aufn. nur 20,-

Neue Sprechzeiten im Prüfungsaamt

Die Außenstelle Oldenburg des Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes für Lehrämter, Donnerschweer Straße 45, führt zum 1. Oktober neue Sprechzeiten ein: dienstags von 13.30 bis 16.00 und freitags von 10.00 bis 12.30.

BAFöG-Förderung nach 5. Semester

Für die Ausbildungsförderung nach dem fünften Fachsemester durch BAFöG muß ein Zwischenprüfungszeugnis oder eine Bescheinigung der Universität vorgelegt werden, daß die bis zum Ende des vierten Fachsemesters üblichen Leistungen erbracht worden sind. Dazu zählt ein Schulpraktikum für das Lehramt an Gymnasien und an berufsbildenden Schulen und ein Sozial- oder Betriebspрактиkum für das Lehramt an Gymnasien. Die Bescheinigungen müssen vom zuständigen Dekan ausgestellt werden.

ZpB fördert ELAB-Arbeiten

Das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) fördert Examens- und Diplomarbeiten, die sich mit der einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) auseinandersetzen oder diese Ausbildungsumform mit der zweiphasigen Lehrerausbildung vergleichen. Das ZpB kann für diese Arbeiten Material zur Verfügung stellen, die Examenskandidaten beraten und ihnen auch technische und organisatorische Hilfestellungen anbieten. Besonders relevante Arbeiten können, mit Einverständnis von Lehrenden und Studenten, in geeigneter Form publiziert werden.

Dr. Wolfgang Müller Studentenpfarrer

Der Oberkirchenrat beauftragte Dr. Wolfgang Müller mit der Verwaltung der Evangelischen Studentengemeinde (ESG). Die Entscheidung war von dem Gremium gegen das Votum der ESG-Vollversammlung gefallen, die in einer Pressemitteilung davon sprach, daß der Oberkirchenrat hiermit „eine alte Rechnung“ begleichen wollte. Der ESG sei unterstellt worden, daß sie „politisch einseitig und ideologisch unterwandert“ wäre.

Senat begrüßt DGB-Demonstration

Der Senat der Universität begrüßte in seiner Sitzung am 8. September die vom Deutschen Gewerkschaftsbund ausgerufene Demonstration und Kundgebung gegen Jugendarbeitslosigkeit sowie für den Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze am 25. September in Oldenburg. In dem einstimmig gefassten Beschuß hält der Senat die „Arbeitslosigkeit und den Mangel an Ausbildungsplätzen für eines der drängendsten Probleme. Er weist auf die Gefahr hin, daß diese Probleme durch den Abbau von Studienmöglichkeiten und Arbeitsplätzen in den Hochschulen weiter verschärft werden.“

Freie Studienplätze für Ausländerpädagogik

Im Ergänzungsstudiengang ‚Lehrer für den Unterricht für Schüler nichtdeutscher Muttersprache‘ an der Universität Oldenburg sind für das kommende Wintersemester noch einige Studienplätze frei. Der 1981 eingeführte Studiengang wendet sich an Lehramtsabsolventen aller Schulstufen, die mindestens das Erste Staatsexamen abgelegt haben. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Oktober.

• Personalien •

Professor Dr. Rosemarie Nave-Herz, Soziologin im Fachbereich 3, wurde in den Beirat des Instituts Frau und Gesellschaft berufen. Der Beirat beträgt das Institut, das am 1. März gegründet wurde und das bisher einzige dieser Art in der Bundesrepublik ist, insbesondere bei der Forschungsplattform.

Prof. Dr. Rudolf zur Lippe, Hochschullehrer im Fachbereich 2, hält auf der Jahrestagung des Arbeitskreises Universitäre Erwachsenenbildung in Hamburg den Schlußvortrag zum Thema „Wissenschaft und Zukunft“.

Professor Dr. Wolfgang E. Krumbein, Geomikrobiologe im Fachbereich 7, stellt in der „Werkstatt & Galerie“ in der Bergstraße 12 bis zum 16. Oktober „magische Landschaften - Aquarelle“ aus. Die Ausstellung ist donnerstags und freitags von 15.00 bis 18.00 und sonnabends von 10.00 bis 13.00 geöffnet.

Professor Dr. Gerd Vonderach, Hochschullehrer im Fachbereich 3, hielt in der Evangelischen Akademie Loccum auf der Tagung „Arbeitslosigkeit: welche Maßnahmen helfen wirklich?“ einen Vortrag zum Thema „Neue Selbständige“ neues Arbeits-Leben?“ - Auf dem Elbschiffahrtstag in Lauenburg referierte er über das „Berufsleben des Binnenschifters im geschichtlichen Wandel“.

Dr. Wilhelm Büttmeyer, langjähriger Assistent im Fach Philosophie, ist zum Professor auf Zeit im gleichen Fach ernannt worden.

Hartmut Ludewig, ehemals Assistent im Fachbereich 7 Biologie, wurde zum Dr.nat. promoviert. Thema seiner Arbeit „Temperaturmessungen in Tiefenprofilen im Raum Hamburg und deren hydrogeologische Interpretation“.

Dipl.-Politologe Rainer Bachmann,

• Personalien •

Wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich 3, hat bei der Tagung „Erziehung zum Frieden - Mut im Alltag“ anlässlich des 35jährigen Bestehens des Berliner Arbeitskreises für Neue Erziehung (ANE) Ergebnisse seiner Untersuchungen zur strukturellen Gewalt in der Schule mit Beispielen aus der Architektur in einem Diavortrag und in einer Photoausstellung vorgestellt.

Einstellung als Akademischer Rat

Dr. Günther Dey, Fachbereich 4, Aufgabengebiet „Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt betriebliches Rechnungswesen und betriebliche Informatik“

Peter Sehrbrock, Fachbereich 1
Dr. Reinhard Weber, Fachbereich 8, Fachgebiet „Physik, Prozeßrechner-system“

Einstellung als wissenschaftl. Angestellte

Friedhelm Jacobs, Fachbereich 4, im Forschungsvorhaben „Voruntersuchung zu einer Analyse der Innovationsbedingungen und 'Marketingstrategien bei Entwicklung und Einsatz von Informationstechnologien“ (Prof. Dr. Küpper)

Volkher Längsfeld, Fachbereich 7, Aufgabengebiet „Didaktik der Biologie“

Yayla Mönch-Bucak, Fachbereich 2, als Lektorin für balkanische Gastraberichter sprachen

Andreas Schmitz-Pfeiffer, Fachbereich 8, im Forschungsvorhaben „Unterstützung der Auswertung ozeanographischer Satellitedaten durch Lidar-Messungen“

Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Anuschah Ringer, Angestellte im BIS
Manfred Schramme, Wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich 2

• Personalien •

Einstellung als Hochschulassistent

Dr. Dieter Brühl, Fachbereich 3

Einstellung im Dienstleistungsbereich

Hildegard Bergkämper, Auszubildende (Gärtner) im Botanischen Garten
Axel Bruns, Auszubildender (Elektromechaniker) in der ZETWA
Ulrike Buchholz, Auszubildende (Druckformherstellerin) in der ZETWA

Brigitte Denker, Raumpflegerin, Dezernat 4

Gabi Döhne, Auszubildende (Technische Zeichnerin) in der ZETWA

André Hannig, Auszubildender (Technischer Zeichner) in der ZETWA

Wilfried Helbrecht, Kesselwärter, Dezernat 4

Christa Hoffmann, Auszubildende (Gärtner) im Botanischen Garten

Frank Hoffmann, Auszubildender (Mechaniker) in der ZETWA

Wolfgang Kassubek, Klimamonteur, Dezernat 4

Horst Kocks, Kesselwärter, Dezernat 4

Harald Kreye, Auszubildender (Mechaniker) in der ZETWA

Katrin Meerbothe, Auszubildende (Druckformherstellerin) in der ZETWA

Wilfried Monden, Hausmeister, Dezernat 4

Sylvia Neumann, Auszubildende (Druckformherstellerin) in der ZETWA

Berendje Reich, Raumpflegerin, Dezernat 4

Alfred Schmidt, Kesselwärter, Dezernat 4

Erna Setjeeilers, Raumpflegerin, Dezernat 4

Meike Trosin, Raumpflegerin, Dezernat 4

Johannes Ulken, Gas-Wasser-Installateur, Dezernat 4



TEL. (04 41) 71001

Anna Thye

Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1.9.1800



29 OLDENBURG
Schloßplatz 21/22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 5288

Schreibmaschinen

neu und gebraucht, sowie diverse Büro-
maschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kunststoff-Schreibmaschinen ab 490 DM
Elektronische Typenrad-Schreibmaschinen ab 898 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.

Verkauf und Service in Oldenburg:



Donnerschweer Straße 91

29 Oldenburg. Tel. 0441 85125

BÜCHER FÜR STUDIUM UND BERUF

aus der collectiv-Buchhandlung
Donnerschweerstraße 12
Telefon (04 41) 8 74 49
2900 Oldenburg

Für Optik - Foto -
Film - Kino + Projektion
sind wir Ihr richtiger Partner.

Dipl.-Optiker

WALTER

Inh. W. D. Heß
staatl. gepr. Augenoptiker
Fachmännische Beratung
Kunwickstr. 34/Ecke Mottenstr. - Hauptstr. 35
Telefon (04 41) 1 30 70



HIER ist Platz für Ihre Anzeige



Ihr Partner bei all' Ihren
Aufgaben für die
Druckindustrie

Littmanndruck

Offsetdruck · Buchdruck

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 70 51/52